Positionierung des LFA 8 (Klima/Umwelt) gem. Sitzung des LFA8 vom 13.08.2025 zum

Gesetz für besseren Klimaschutz (Klimaschutzverbesserungsgesetz/Zukunftsentscheid)

Unsere Stellungnahmen und Anmerkungen stehen in blauer Schrift im Text. Als von uns für problematisch erachtete Phrasen sind im Text in gelb und irreführende Begrifflichkeiten und Prämissen in pink untermalt

Artikel 1

Drittes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Klimaschutzgesetzes

Das Hamburgische Klimaschutzgesetz vom 20. Februar 2020 (HmbGVBl. S. 148), zuletzt geändert am 13. Dezember 2023 (HmbGVBl. S. 443), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Absatz 4 Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt: "Die Ziele nach Absatz 1 sind sozialverträglich umzusetzen. Im Rahmen der Erreichung der Ziele nach Absatz 1 ist auch das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 7 der Landeshaushaltsordnung) zu berücksichtigen."

Anmerkung: im Gesetzestext steht aktuell: „(4) Im Rahmen der Erreichung der Ziele nach Absatz 1 sind das Prinzip der Sozialverträglichkeit und das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu berücksichtigen.“

Die von der Initiative viel zitierte Sozialverträglichkeit ist bereits hinreichend berücksichtigt und wird hier medial nur bedient als angebliche neue „sozialere“ Änderung. Anmerkung zum Thema **Kosten** der sog. Sozialverträglichkeit ganz unten.

2. In § 3 wird folgende Nummer 30 angefügt: "30. **Schätzbilanz**, eine Schätzung der verursacherbedingten CO₂-Emissionen, deren Berechnungsschema dem im Länderarbeitskreis Energiebilanzen abgestimmten Verfahren der Energie- und CO₂-Bilanzierung entspricht."

Für die Erstellung der sog. „Schätzbilanz“ soll die BUKEA mit 6 Vollzeitstellen für 500TEUR weiter aufgestockt werden. Das Konstrukt ist an sich schon fragwürdig.

3. § 4 erhält folgende Fassung:

“§ 4
Hamburger Klimaschutzziele

(1) Ausgehend vom Basisjahr 1990 und unter Bezugnahme auf die Gesamtsumme der Kohlendioxidemissionen in

Anlehnung an die Verursacherbilanz verpflichtet sich die Freie und Hansestadt Hamburg die CO₂ Emissionen wie folgt zu reduzieren:

1. bis zum Jahr 2030 eine Reduktion der Kohlendioxidemissionen um mindestens 70 vom Hundert (v. H.),
2. bis spätestens zum **Jahr 2040** eine Reduktion der Kohlendioxidemissionen um 98 v. H.

Hier wird dem nationalen und EU-Standard vorgegriffen ohne Darstellung, was mit den freiwerdenden Emissionsrechten geschehen und wie ein finanzieller Ausgleich erfolgen soll. Weitere Kommentare unten.

(2) Mit der Verringerung der energiebedingten Kohlendioxidemissionen um 98 v. H. und einer Einbeziehung von Kohlenstoffsenken verfolgt die Freie und Hansestadt Hamburg das Ziel der Netto-CO₂-Neutralität bis spätestens **2040**.

(2) Zur Erreichung der in Absatz 1 genannten Ziele werden **verbindliche jährliche Minderungsziele** durch die Vorgabe von **Jahresemissionsgesamtmengen** festgelegt. Die Jahresemissionsgesamtmengen für den Zeitraum bis zum Jahr 2040 richten sich nach **Anlage 3**. Jährliche **Sektorziele** für die Kohlendioxidemissionen aus den Bereichen private Haushalte, Gewerbe/Handel/Dienstleistung, Industrie und Verkehr bis zum Jahr 2040 ergeben sich aus dem Hamburger Klimaplan; sie unterliegen im Rahmen seiner Fortschreibung einer regelmäßigen Anpassung und sollen jahresweise in ihrer Summe den Jahresemissionsgesamtmengen entsprechen.

Die für die Festlegung der Jahresemissionsgesamtmengen verantwortlichen Institutionen sind laut Begründung der Initiative auf S. 6 die HIC, der Ökoinstitut e.V. und die Prognos AG, die sich selbst wohl als unabhängig und auf ihrem Gebiet als führend bezeichnen. Wir stufen diese Institutionen eher als Lobbyisten ein. Fragwürdig ist folglich auch die von vorgenannten Instituten erstellte Anlage 3 hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Ausgewogenheit und Korrektheit.

(3) Zur Überprüfung der Zielerreichung legt die für das Klima zuständige Behörde dem Senat bis spätestens zum 30. Juni eines Jahres eine Schätzbilanz für das jeweils vorangegangene Kalenderjahr vor.

(4) Weist die Schätzbilanz eine Überschreitung der zulässigen Jahresemissionsgesamtmenge des vergangenen Kalenderjahres aus, beschließt der Senat innerhalb von fünf Monaten nach Vorlage der Schätzbilanz nach Absatz 4 Maßnahmen, die geeignet sind, die Überschreitung der Jahresemissionsgesamtmenge auszugleichen (Sofortprogramm). Diese Pflicht besteht nicht, insoweit der Ausgleich der Überschreitung nur durch Maßnahmen erreichbar ist, für die die Freie und Hansestadt Hamburg nicht die notwendige Regelungskompetenz hat. Der Senat legt sowohl das Sofortprogramm als auch eine Begründung einer Ausnahme nach Satz 2 innerhalb der Frist nach Satz 1 der Öffentlichkeit vor.

Anm.: In BaWü wurde die Erreichung des Klimaziels bereits vorverlegt, kann jedoch nicht erreicht werden. Da in BaWü ein Sofortprogramm nicht funktionierte, ist es dort von Kretzschmar ausgesetzt worden, vgl. Presse und weitere Anm. unten.

(5) Über- oder unterschreitet die Emissionsgesamtmenge nach der Verursacherbilanz ab dem Jahr des Inkrafttretens des Gesetzes die zulässige Jahresemissionsgesamtmenge, so wird die Differenzmenge auf die verbleibenden Jahresemissionsgesamtmenge der nächsten fünf Jahre bis höchstens 2040 gleichmäßig angerechnet. Im Falle einer Änderung der Jahresemissionsgesamtmenge nach Satz 1 passt der Senat durch Rechtsverordnung Anlage 3 mit Wirkung zum Beginn des jeweils nächsten Kalenderjahres entsprechend an.

(6) Der Senat überprüft die Zielerreichung nach den Absätzen 1 bis 6 und § 6 unter Einbindung des Klimabeirates (§ 7)."

4. § 6 wird wie folgt geändert:

4.1. In § 6 Absatz 1 Satz 2 wird vor dem Wort "Sektorziele" das Wort "jährlichen" eingefügt.

4.2. § 6 Absatz 2 Satz 2 wird durch folgenden Satz ersetzt: "Wird im Rahmen des Zwischenberichts festgestellt, dass unter Einbezug der Wirkungen der Sofortprogramme nach § 4 Absatz 5 die klimapolitischen Ziele in den Sektoren oder insgesamt verfehlt werden, soll sich der Senat ausgehend von einer Analyse der Gründe für die erforderlichen zusätzlichen Maßnahmen auf Bundesebene einsetzen und, soweit möglich, auf Landesebene zusätzliche Maßnahmen entwickeln und umsetzen. § 4 Absatz 5 Satz 2 gilt entsprechend."

Anm.: Es wird nicht konkretisiert, was bei Verfehlungen der Sektorenziele hinsichtlich der einzelnen Sektoren geschehen soll. „Erforderliche Maßnahmen“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff der hinreichend konkretisiert werden muss. Der Senat hat hier anscheinend alleinige Handlungsbefugnis (was für sich gesehen gut ist), hat aber keine Ableitung, was das „Erforderliche“ sein soll. Zudem ist nicht klar, was das für den Sektor, z.B. Aluminium oder Stahl-Industrie oder Verkehrssektor etc. bedeuten wird.

vgl. Presse und weitere Anm. unten. Zudem deutet das Wort „Analyse“, einen zusätzlichen umfangreichen bürokratischen Aufwand an.

4.3. In § 6 Absatz 3 Satz 1 werden nach den Wörtern "alle vier Jahre" die Wörter "bis zur Erreichung der Klimaneutralität nach § 4 Absatz 2" eingefügt.

5. In § 7 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt: "Macht der Senat die Ausnahme nach § 4 Absatz 5 Satz 2 geltend, kann der Klimabeirat dem Senat mögliche Maßnahmen zur Zielerreichung vorschlagen."

6. In § 36 wird hinter Absatz 5 folgender neuer Absatz 6 eingefügt: "(6) Innerhalb von zwei Jahren ab Inkrafttreten des Klimaschutzverbesserungsgesetzes wird der Klimaplan an die neuen Anforderungen der §§ 4 und 6 angepasst. Soweit erforderlich wird einmalig von dem Vierjahreszyklus aus § 6 Absatz 3 abgewichen. Bis dahin bleibt die zweite Fortschreibung des Klimaplans aus dem Jahr 2023 gültig."

7. Es wird folgende Anlage 3 angefügt

“Anlage 3
(zu § 4 Absatz 3)

Zulässige Jahresemissionsgesamtmengen für die Jahre bis 2040

	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	2036	2037	2038	2039	2040
Jahresemissionsmenge in Tausend Tonnen CO₂	9.611	8.745	7.880	7.014	6.148	5.441	4.735	4.028	3.321	2.615	2.176	1.738	1.300	862	424
Reduktion (nachrichtlich)	53 %	57 %	62 %	66 %	70 %	73 %	77 %	80 %	84 %	87 %	89 %	92 %	94 %	96 %	98 %

Anmerkung: die Anlage 3 und die Organe, die diese Anlage erstellen, sollten genauer betrachtet werden.

Relevante Auszüge aus der Begründung mit Anmerkungen des LFA8

BEGRÜNDUNG

**zum Gesetz für besseren Klimaschutz
(Klimaschutzverbesserungsgesetz)**

**I.
Allgemeiner Teil**

...

Eine ambitionierte Klimapolitik ist nicht nur tatsächlich, sondern auch verfassungs- und völkerrechtlich geboten. Um die Transformation zur Klimaneutralität sozial gerecht, nachhaltig und planungssicher umzusetzen, muss die Politik einen Rahmen setzen, der ambitionierte Klimaziele formuliert und ihre Umsetzung sicherstellt.

Derzeitige Gesetzeslage

Mit dem Erlass des Hamburgischen Klimaschutzgesetzes im Jahr 2020 hat sich der Hamburger Gesetzgeber für eine gesetzliche Festlegung von Klimaschutzzielen auf Landesebene entschieden. Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes vom 13. Dezember 2023 (HmbGVBl. S. 443) durch das Klimaschutzstärkungsgesetz, das am 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, hat Hamburg seine Klimaziele verschärft. Die Kohlendioxidemissionen sollen bis 2030 um 70 % und bis 2045 um 98 % gegenüber dem Basisjahr 1990 verringert werden. Zwischenziele für die Jahre 2035 und 2040, genauso wie die Zuordnung der Reduktionsanteile auf die einzelnen Sektoren, ergeben sich aus dem Hamburger Klimaplan. Werden Klimaziele verfehlt, soll sich der Senat nach § 6 Absatz 2 HmbKliSchG für zusätzliche Maßnahmen auf Bundesebene einsetzen und, soweit möglich, zusätzliche Maßnahmen auf Landesebene entwickeln. Nach § 2 Absatz 4 HmbKliSchG ist bei der Umsetzung der Klimaschutzziele das Gebot der Sozialverträglichkeit zu berücksichtigen.

Der Bundesgesetzgeber hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 % zu reduzieren und 2045 die Klimaneutralität zu erreichen.

Anm.: Unsere Meinung ist, dass diese aktuellen vorgennannten gesetzlichen Vorgaben aus dem gültigen HmbKliSchG bereits zu ambitioniert sind.

Während sich Hamburg mit der Novellierung des Klimaschutzgesetzes bis 2030 ein ambitioniertes Reduktionsziel gesetzt hat, liegt das Zieljahr für das Erreichen der Klimaneutralität hinter dem anderer Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen.

Anm.: die Bundesländer Ba-Wü und Bayern gestehen bereits heute ein, dass die „vorgezogenen Klimaneutralität“ aus Gründen der Praktikabilität und Wirtschaftlichkeit, nicht realistisch sind, vgl. Presse (Anlagen).

Darüber hinaus fehlt es im Gesetz an Mechanismen, die gewährleisten, dass die Klimaschutzziele auch tatsächlich erreicht werden. Weder etabliert das Gesetz jährliche Klimaschutzziele, die die unmittelbare Umsetzung und Wirksamkeit von Klimaschutzmaßnahmen überprüfbar machen,

Anm.: Klimaschutzziele sind volatil und ihr Erreichen abhängig von Forschung, Wissenschaft, tatsächlichen, natürlichen und ökonomischen Zusammenhängen, so dass Flexibilität erforderlich ist, und nicht stumpfe Reduktionszielvorgaben wie im Gesetzentwurf gefordert. So dauern z. B. städtische und unternehmerische Projekte zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes von der Planung bis zur Realisierung oft mehrere Jahre, wobei bei es bei deren Abschluss zu größeren Sprüngen in der Zielerreichung kommt.

noch enthält es einen ausreichenden Mechanismus, der bei einer Zielverfehlung zu einer Nachbesserung verpflichtet.

Anm.: Auch der Gesetzes-Entwurf der Initiative verfügt über keine ausreichenden

Mechanismen zur Einhaltung von Klimazielen und zu CO₂-Reduktionsen. Die Vorgabe von „verbindliche Jahresemissionsgesamtmengen“ stellt keinen Maßnahmenkatalog dar.

...

Das Klimaschutzverbesserungsgesetz

Die Gesetzesänderung durch den Hamburger Zukunftsentscheid schafft demgegenüber einen Rahmen für das Erreichen der Klimaneutralität 2040. Das Klimaschutzverbesserungsgesetz begründet jährliche Klimaschutzziele durch die Festlegung verbindlicher Jahresemissionsgesamtmengen. Entsprechend müssen auch die im Klimaplan festgelegten Sektorziele jährlich ausgewiesen werden. Durch die Anrechnung von sowohl Über- als auch Unterschreitungen der Jahresemissionsgesamtmengen auf die Folgejahre wird ein CO₂-Gesamtbudget bis zur CO₂-Neutralität 2040 etabliert.

Anm.: Sowohl die Festsetzung von Jahresemissionsgesamtmengen sowie jährlich festgelegte Sektorziele sind problematisch, unpraktikabel (siehe dazu unten) und können zudem demotivieren und die Akzeptanz für Klimaschutz reduzieren.

...

Wurde die Jahresemissionsgesamtmenge nach der Schätzbilanz verfehlt, muss der Senat innerhalb von fünf Monaten Maßnahmen vorlegen, die geeignet sind, die Überschreitung der Jahresemissionsgesamtmenge auszugleichen. Diese Sofortprogrammpflicht ergänzt die Überprüfung der Zielerreichung im Rahmen der Zwischenberichte aus § 6 Absatz 2, die gegenüber der derzeitigen Gesetzeslage angepasst wird. Während die Sofortprogrammpflicht eine für die Vergangenheit festgestellte Budgetüberschreitung durch zusätzliche Maßnahmen ausgleichen soll und insbesondere auf die Umsetzung kurzfristig wirksamer Maßnahmen gerichtet ist, setzt § 6 Absatz 2 die Analyse der Gründe einer zu besorgenden Zielverfehlung voraus und kann deshalb eine grundlegende Anpassung der Maßnahmenplanung auslösen. Durch das Klimaschutzverbesserungsgesetz werden im Rahmen von § 6 Absatz 2 nun auch die Wirkungen der Sofortprogramme nach § 4 Absatz 5 und die Einhaltung der jährlichen Sektorziele in den Blick genommen. In der Kombination können beide Mechanismen auf Lücken in der Klimaschutzpolitik frühzeitig aufmerksam machen und so die Verlässlichkeit der Zielerreichung stärken.

Anm.: Dieser Mechanismus der Kombination von Sofortprogramm und Einhaltung von Sektorzielen ist reine Hypothese und funktioniert bereits in BaWü nicht, siehe Pressemitteilung in der Anlage.

Nachhaltigkeit und Wirksamkeit von Klimaschutzmaßnahmen hängen maßgeblich von ihrer sozialen Akzeptanz ab. Die CO₂-Neutralität bis 2040 ist nur zu erreichen, wenn soziale Anliegen und die Notwendigkeit für Klimaschutz nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb stärkt der Gesetzentwurf das Gebot der

Sozialverträglichkeit, indem er klarstellt, dass bei der Erreichung der Klimaschutzziele die Sozialverträglichkeit nicht nur in Abwägung zu berücksichtigen ist, sondern die Ziele zwingend sozialverträglich zu erreichen sind.

Anm.1: Die strengen regulativen Einschnitte gefährden die soziale Akzeptanz; es wird hier genau das Gegenteil erzielt. Die Lösung könnte folglich nur in der Ausschüttung enormer Fördergelder zur weiteren Abfederung finanziell überlasteter Haushalte liegen, was zu weiteren enormen Kosten für den Steuerzahler (ob mit oder ohne Schuldenaufnahme) führen würde.

Anm.2: Zudem wird die Sozialverträglichkeit bereits im aktuellen Gesetz hinreichend berücksichtigt.

Die Jahresemissionsgesamtmengen sind wie auch die derzeit gültigen Reduktionsziele auf Grundlage des "Szenario B" festgelegt, das von der HIC Hamburg Institut Consulting GmbH in Zusammenarbeit mit dem Öko-Institut e.V. und der Prognos AG modelliert wurde. Dabei werden die Ziele allerdings so weit vorgezogen, dass das Reduktionsziel von 70 % bis 2030 beibehalten, aber die Klimaneutralität 2040 erreicht wird. Eine wissenschaftliche Studie, auf welchem Weg Hamburg die Klimaneutralität bereits 2040 erreichen könnte, existiert zum jetzigen Zeitpunkt nicht, da eine solche bislang nicht beauftragt worden ist.

Anm.: Die genannten Unternehmen, die für die Errechnung der Jahresemissionsgesamtmengen beauftragt waren, sind zwar von allen Regierungsparteien bereits mal beauftragt worden (u.E. auch FDP); sie sind unserer Meinung nach dennoch „Öko-Lobbyisten“ bzw. „grüne NGOs“. U.a. wegen Ungereimtheiten beim Öko-Institut wurde Patrick Graichen wegen Vetternwirtschaft in den vorzeitigen Ruhestand versetzt vgl. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/067/2006782.pdf> BT Drucksache 20/6782, dort S. 39/40

<https://www.tagesschau.de/eilmeldung/graichen-104.html>

Kleine Anfrage der Bundes-FDP zu Prognos
https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2018_09/569170-569170

Die von den vorgenannten Firmen erhobenen und in Anlage 3 des Gesetzesentwurfs fixierten Daten sollten erneut sehr kritisch wissenschaftlich gewürdigt und aktuell nicht als Gesetzesgrundlage verwendet werden; wir sehen die Anlage 3 als hochproblematisch an.

Auswirkungen

...

Das Vorziehen der Klimaneutralität auf das Jahr 2040 ist eine große Herausforderung für Hamburg. Die jeweiligen Auswirkungen auf die Sektoren, in denen die Klimaneutralität zu erreichen ist, sowie die Notwendigkeit finanzieller Aufwendungen für die Stadt hängen dabei von den konkreten Maßnahmen ab, die Bürgerschaft und Senat wählen, um Hamburg zu dekarbonisieren. Das Klimaschutzverbesserungsgesetz setzt einen Rahmen für den Weg zur Klimaneutralität, impliziert aber keine konkreten Maßnahmen.

Bis 2030 ergibt sich die Notwendigkeit zusätzlicher Maßnahmen, insoweit durch das Vorziehen der Klimaneutralität auf 2040 bereits heute Maßnahmen erforderlich werden. Eine geringfügige Anpassung der Maßnahmen kann dadurch erforderlich werden, dass nun spezifische Jahresziele einzuhalten sind, anstatt lediglich einen möglichst stetigen Reduktionspfad anzustreben. Ab 2030 müssen sich die Maßnahmen gegenüber der derzeitigen Gesetzeslage deutlich beschleunigen, um die Klimaneutralität bereits 2040 zu erreichen. Dafür stehen Bürgerschaft und Senat eine Bandbreite an administrativen, finanziellen, ordnungsrechtlichen oder kommunikationsbezogenen Maßnahmen offen.

Die Beschleunigung der Zielerreichung bis 2040 löst einen zusätzlichen Investitionsbedarf aus, um die für die Klimaneutralität erforderliche Transformation (etwa ÖPNV-Ausbau und Ausbau von Rad- und Fußwegen, Netzausbau, Fernwärmeausbau, Ausbau der Erneuerbaren Energien, Umstellung von Produktionsanlagen) fünf Jahre schneller umzusetzen. Für die Stadt können dabei, je nach Wahl und Ausgestaltung der Maßnahmen, höhere finanzielle Aufwendungen anfallen, etwa durch begleitende Fördermaßnahmen oder die Intensivierung des Infrastrukturausbaus. ...

Auch die Auswirkungen auf die Hamburger Bürgerinnen und Bürger und die Hamburger Wirtschaft hängen von Wahl und Ausgestaltung der Maßnahmen durch Bürgerschaft und Senat ab. Es liegt nahe, dass das Klimaschutzverbesserungsgesetz mittelbar zu zusätzlichen Kosten für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen führt.

Anm.: Mit anderen Worten: Es wird für die Stadt, die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in jedem Fall teurer! Ein weiteres Problem sehen wir in nicht ausreichenden Kapazitäten an Fachunternehmen und fehlenden Fachkräften, was zu weiteren Preissteigerungen und somit zu sozialen Konflikten führt.

Maßnahmen, die der Zielerreichung dienen, könnten etwa die Sanierungsgeschwindigkeit und -tiefe im Gebäudebestand erhöhen oder die Umstellung der Produktions- und Anlagentechnik beschleunigen. Daneben sind auch Maßnahmen denkbar, die verhaltensbezogene Änderungen anstreben, etwa eine stärkere Nutzung des Umweltverbunds (zu Fuß, Fahrrad, ÖPNV).

Zu berücksichtigen ist, dass die Zielerreichung nicht allein durch Maßnahmen auf Landesebene realisiert werden kann.

Hamburg ist darauf angewiesen, dass auf bundesdeutscher und europäischer Ebene die Umsetzung der Transformation hin zur Klimaneutralität mit hoher Priorität betrieben wird.

Dies betrifft insbesondere die Dekarbonisierung des Bundesstrommixes. Ein klimaneutrales Hamburg 2040 setzt voraus, dass der Bund seine Klimaziele einhält oder gegebenenfalls sogar übertrifft. Dazu gehört, dass die Stromversorgung 2040 vollständig aus klimaneutralen Quellen erfolgt. Auch in anderen Bereichen, wie der Wärmeversorgung für Gebäude, wird der rechtliche Rahmen maßgeblich durch die Bundesebene mitgestaltet. Um der Abhängigkeit von Maßnahmen auf europäischer und bundesdeutscher Ebene Rechnung zu tragen, werden Nachsteuerpflichten des Senats im Gesetzentwurf nur insoweit ausgelöst, wie die Zielerreichung durch Maßnahmen auf Landesebene möglich ist.

Anm: Vorstehende drei Absätze sind korrekt und zeigen, wie sinnlos das Unterfangen auf lokaler Ebene ist!

Die Transformation hin zur Klimaneutralität ist in Hamburg bereits geltende Gesetzeslage. Der Hamburger Zukunftsscheid verkürzt den Zeitraum bis zur Klimaneutralität, weil sich aus der Beschleunigung der Transformation eine Reihe von Vorteilen ergibt.

Angesichts der stetig dramatischer werdenden Auswirkungen der Klimakrise muss der Schutz unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen höchste Priorität haben. Zurzeit droht die globale Gemeinschaft das 1,5 °-Ziel des Pariser Abkommens zu verfehlen und rückt damit immer näher an gefährliche Kipppunkte, die irreversible Auswirkungen auf Klima- und Ökosysteme haben werden. Rund drei Viertel der globalen CO₂-Emissionen entfallen auf Städte. Das Verhindern großflächig katastrophaler Klimawandelfolgen wird davon abhängen, ob Städte Modelle für das zeitnahe Erreichen der Klimaneutralität entwickeln und umsetzen. Mit der Beschleunigung der ökologischen Transformation leistet Hamburg einen wichtigen Beitrag zu diesen Bemühungen. Es unterstützt die Förderung und Implementierung klimafreundlicher Technologien und die Entwicklung klimafreundlicher Lebensweisen.

Mit der Selbstverpflichtung, die Klimaneutralität bereits 2040 zu erreichen, setzt Hamburg dabei ein starkes politisches Signal, dass die Umsetzung der dafür erforderlichen Maßnahmen auf Bundesebene erwartet wird und für Hamburg hohe politische Priorität hat. Hamburg schließt damit zu einer Reihe weiterer Akteure auf, die es sich zum Ziel gesetzt haben, bereits vor 2045 klimaneutral zu sein. So hat sich Baden-Württemberg in § 10 Absatz 1 KlimaG BW verpflichtet, die Klimaneutralität bereits 2040 zu erreichen. Auch Bayern soll nach Artikel 2 Absatz 2 BayKlimaG 2040 klimaneutral sein. Niedersachsen hat ebenfalls gesetzlich beschlossen, die Klimaneutralität bereits 2040 erreichen zu wollen. In Schleswig-Holstein steht das Ziel der Klimaneutralität 2040 im Koalitionsvertrag der Regierung zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Viele Städte setzen sich sogar noch ambitioniertere Ziele. So will München bereits 2035 klimaneutral sein. Und in der EU-Mission „Climate-Neutral & Smart Cities“ haben sich 112 Städte zusammengeschlossen, um möglichst bereits 2030 klimaneutral zu sein.

Eine beschleunigte Dekarbonisierung kann auch ökonomisch positive Folgen für Hamburg haben. Ein stärkerer Einsatz für die Klimaneutralität kann die Attraktivität des Standorts Hamburg erhöhen, Arbeitsplätze schaffen und sichern sowie den Zugang zu Zukunftstechnologien wie der Wasserstoffwirtschaft frühzeitig sicherstellen. Auch wirtschaftliche Akteure weisen auf den Zusammenhang zwischen Klimaneutralität und Zukunftsfähigkeit hin. So stellt die Industrie- und Handelskammer Hamburg in den „Leitlinien

für eine neue Standortstrategie“ fest, dass “Hamburg [...] internationaler Vorreiter in Sachen Klimaschutz und -anpassung werden [kann und muss]“ und formuliert für 2040 das Ziel einer klimaneutralen Stadt.

Abhängig von der Auswahl und Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen durch Bürgerschaft und Senat können sich daneben eine Vielzahl weitere Vorteile durch die Beschleunigung der Klimaneutralität ergeben: So kann eine stärkere Förderung des ÖPNV Mobilität gerechter zugänglich machen und eine schnellere Elektrifizierung des Verkehrs die Luftqualität erhöhen. Eine beschleunigte Sanierung des Gebäudebestands würde den Energieverbrauch reduzieren. Außerdem könnten durch eine frühere Dekarbonisierung **Kosten, die infolge politischer Regelungsinstrumente wie eines CO₂-Preises oder dem europaweiten Zertifikatehandel entstehen, verringert werden.** Es ist jedoch nicht möglich, diese Vorteile bereits jetzt zuverlässig zu quantifizieren und finanziell in Relation zu erforderlichen Aufwendungen zu setzen.

Durch die Beschleunigung der Dekarbonisierung können Hamburger **Bürgerinnen und Bürgern höhere Kosten entstehen.** Das Klimaschutzverbesserungsgesetz **stärkt deshalb die Sozialverträglichkeit**, indem es sie von einer zu berücksichtigenden zu einer zwingenden Vorgabe für die Zielerreichung macht.

Ausweislich der Begründung zum Neuerlass des Hamburgischen Klimaschutzgesetz 2020 soll das Prinzip der Sozialverträglichkeit sicherstellen, “dass die Maßnahmen die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern und es insbesondere nicht zu sozialen bzw. wirtschaftlichen Härten kommt.“ Eine zwingende sozialverträgliche Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen bedeutet, dass soziale und wirtschaftliche Härten insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen antizipiert und verhindert werden müssen. Dafür kommen unterschiedliche Instrumente in Betracht. Möglich wären etwa **Härtefallregelungen**, aber auch **gezielte Förderungen** können diese Vorgabe erfüllen. Die konkrete Umsetzung der Sozialverträglichkeit wird von der Art der jeweiligen Klimaschutzmaßnahme und dem wirtschaftlichen und sozialen Kontext abhängen.

Anm.: reine Kosmetik, Soz.Verträglichkeit steht im aktuellen Gesetz. Zudem gibt es keinen Anlass für die privaten (gering-verdiener) Haushalte, die „Bürgergeld“ erhalten, zu sparen, da erhöhte Heiz- und Energiekosten ungefiltert als „Härtefall“ aus Steuereinnahmen ausgeglichen werden. Problem: 1. Keine Impulse 2. Teuer für HH.

Die Festsetzung einer zwingenden Sozialverträglichkeit ist geeignet, **den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen zu erhöhen.** Sie trägt damit entscheidend zur Zielerreichung bei. Menschen mit geringerem Einkommen sind bereits disproportional von Klimawandelfolgen betroffen. Die stärkere Berücksichtigung der sozialen Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen ist deshalb auch ein Gebot materieller Gerechtigkeit.

Anm.: Nein! Es führt zu einer vergleichbaren Debatte wie die Angemessenheit und Lenkungsdefizite beim Bürgergeld und damit zu sozialen Missstimmungen und mangelnder

Akzeptanz gegenüber Klimaschutz.

Kosten

Für die Erstellung der Schätzbilanz nach § 4 Absatz 4 ergibt sich ein erhöhter Personalbedarf bei der für Klima zuständigen Behörde. Es wird prognostiziert, dass für diese zusätzlichen Aufgaben sechs Vollzeitstellen im öffentlichen Dienst zu besetzen sind. Für diese wird im Durchschnitt eine Bezahlung nach Stufe 3 der Entgeltgruppe E 13 angenommen. Dies entspricht Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt etwa **478.781 Euro.**

Nach § 7 Absatz 1 Satz 8 kann der **Klimabeirat** Maßnahmen zur Zielerreichung vorschlagen, wenn der Senat geltend macht, dass der vollständige Ausgleich einer Überschreitung nur durch Maßnahmen möglich ist, für die die Stadt keine Regelungskompetenz hat. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe begründet beim Klimabeirat einen zusätzlichen Personalbedarf von einer halben Stelle. Dies entspricht bei Stufe 2 der Entgeltgruppe E 14 Mehrkosten in Höhe von etwa **32.193 Euro.** Die Erueierung möglicher zusätzlicher Maßnahmen zur Nachsteuerung bei einer Zielverfehlung erhöht voraussichtlich den Bedarf für die **Einholung externer Gutachten.** Dafür wird eine Steigerung des Budgets des Klimabeirats **für externe Gutachten um 30 Tsd. Euro** veranschlagt.

Zusätzliche **Kosten** können zunächst durch eine eventuell erforderliche **Anpassung des Klimaplans** nach § 36 Absatz 6 entstehen. Diese Kosten sind jedoch begrenzt und werden langfristig durch Einsparungen ausgeglichen. Falls das Klimaschutzverbesserungsgesetz von der Bürgerschaft angenommen wird und im Jahr 2024 in Kraft tritt, müsste der Klimaplan bis 2026 angepasst werden und damit lediglich ein Jahr früher als nach § 6 Absatz 3 HmbKliSchG ohnehin erforderlich. Durch das Vorziehen der Klimaneutralität auf 2040 ist in Verbindung mit § 6 Absatz 3 gegenüber der derzeitigen Gesetzeslage eine Fortschreibung des Klimaplans weniger erforderlich. Die Kosten durch das Vorziehen der Anpassung des Klimaplans werden durch den Wegfall einer Fortschreibung langfristig jedenfalls ausgeglichen.

Insgesamt ergeben sich aus dem Klimaschutzverbesserungsgesetz **unmittelbar zusätzliche Kosten in Höhe von etwa 540.974 Euro** und damit etwa 0,0028 % der geplanten Ausgaben im Hamburger Haushalt für das Jahr 2023. Die unmittelbaren Kosten des Klimaschutzverbesserungsgesetzes sind damit so begrenzt, dass sie durch viele verschiedene Umwidmungen im Haushalt gedeckt werden können. Das Erstellen einer Schätzbilanz ist in der zweiten Fortschreibung des Hamburger Klimaplans zur Prüfung vorgesehen. Wird diese bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits erstellt, fallen durch das Klimaschutzverbesserungsgesetz insoweit keine Mehrkosten mehr an.

Anm.: die Berechnungen der Mehraufwendungen u.a. die Kosten für weitere Gutachten (der Rahmen von 30 TEUR ist unrealistisch) erscheinen unrealistisch und sind sämtlich zu hinterfragen!

Darüber hinaus gehen mit der Gesetzesveränderung keine weiteren unmittelbaren Kosten für den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg einher. Es werden keine konkreten ordnungsrechtlichen oder finanzwirksamen Maßnahmen in Kraft gesetzt. Das HmbKliSchG ist ein Rahmengesetz. Die Beschleunigung der Dekarbonisierung Hamburgs hat jedoch zwangsläufig mittelbare finanzielle Auswirkungen für die Stadt.

Diese Kosten hängen von Wahl und Ausgestaltung der Klimaschutzmaßnahmen ab und können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beziffert werden. Dies gilt ebenfalls für das Ziel der Sozialverträglichkeit, das durch eine Vielzahl von Maßnahmen bzw. Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen erreicht werden kann.

Der Bundesgesetzgeber hat für die Anschärfung der Klimaschutzziele mit dem KSG 2021 geschätzt, dass gegenüber dem Klimaschutzgesetz 2019 für die Treibhausgasminderungspflichten zusätzliche rechnerische Gesamtkosten für die gesamte Volkswirtschaft für die Jahre 2023 bis 2035 von 12.819 Millionen Euro entstehen. Die Schätzung gilt für das gesamte Bundesgebiet und für Klimaschutzziele, die weniger scharf sind als die Klimaschutzziele des Klimaschutzverbesserungsgesetzes. Sie ist daher nur sehr begrenzt auf diese Gesetzesänderung übertragbar.

Unmittelbare Kosten für Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen entstehen nicht.

Anm.: das dürfte so nicht stimmen. Wenn Unternehmen außerplanmäßige Sektorenziele erreichen müssen, dann wird das für die Unternehmen und auch für die Bürger teuer!

II. Besonderer Teil

Zu § 2 Absatz 4

Ein erhöhtes Tempo bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen wird mittelbar mit höheren Kosten für die Stadt und Bürgerinnen und Bürger einhergehen. Damit diese keine sozialen Härten verursachen, stärkt der Gesetzentwurf das Gebot der Sozialverträglichkeit für die Zielerreichung (Anm.: ?!) Während vorher nur ein „Berücksichtigungsgebot“ (Anm.:?!) für die Sozialverträglichkeit galt, sind die Ziele nun zwingend sozialverträglich zu erreichen. Die Änderung leistet einen wichtigen Beitrag dafür, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht unangemessen durch klimaschützende Maßnahmen belastet werden. Die sozialen Auswirkungen von Maßnahmen zu antizipieren und gegebenenfalls Ausnahme- oder Ausgleichsmechanismen zu schaffen, wird damit zum zentralen Bestandteil des Planungs- und des Umsetzungsprozesses.

Zu § 3 Nr. 30

Die Definition entspricht der Definition der Schätzbilanz im Rahmen der zweiten Fortschreibung des Hamburger Klimaplanes. Es soll eine größtmögliche Vergleichbarkeit zur Verursacherbilanz bestehen, weswegen das Berechnungsschema des Länderarbeitskreises Energiebilanzen übernommen wird.

Zu § 4 Absatz 1

Die Änderung erhöht die Verbindlichkeit und Ambition der Hamburger Klimaschutzziele gegenüber der derzeitigen Gesetzeslage. Darüber hinaus wird klargestellt, dass die Reduktion der Emissionen um 70% bis 2030 ein Mindestziel ist. Das Ziel, die CO₂-Emissionen um 98% zu reduzieren, wird von 2045 auf spätestens 2040 vorgezogen.

Zu § 4 Absatz 2

§ 4 Absatz 2 hält fest, dass auch das Erreichen der Netto-

CO₂-Neutralität bis spätestens 2040 erfolgen soll.

Zu § 4 Absatz 3

Durch die Änderung des § 4 Absatz 3 werden zulässige Jahresemissionsgesamtmengen für die Jahre bis 2040 begründet. Die Festlegung der konkreten CO₂-Budgets erfolgt in Anlage 3. Im Klimaplan müssen nun jährliche Sektorziele vorgesehen werden. Um die Zielkomplementarität zu gewährleisten, sollen die Sektorziele in ihrer Summe der Jahresemissionsgesamtmenge entsprechen.

Die Festlegung jährlicher Emissionsbudgets schafft einen klaren Rahmen für Bürgerinnen und Bürger und wirtschaftliche Akteure in Hamburg. Sie macht transparent, ob Hamburg hinsichtlich des Erreichens der eigenen Klimaschutzziele auf Kurs ist oder Nachbesserungsbedarf besteht.

Zu § 4 Absatz 4

Zurzeit veröffentlicht das Statistikamt Nord die Hamburger CO₂-Verursacherbilanz zwischen fünfzehn und achtzehn Monaten nach Ablauf des Berichtsjahres. Durch den großen zeitlichen Abstand wird die Beurteilung der Wirksamkeit der Hamburger Klimaschutzmaßnahmen erschwert und ein zeitnahe Nachsteuern verhindert. Die Schätzbilanz schafft eine Datengrundlage, auf deren Basis die Hamburger Klimapolitik zielgerichtet und realitätsnah umgesetzt werden kann. Sie ist auch in der zweiten Fortschreibung des Hamburger Klimaplanes zur Prüfung vorgesehen und wird nun im Gesetz festgeschrieben.

Zu § 4 Absatz 5

§ 4 Absatz 5 normiert eine Sofortprogrammpflicht, nach der der Senat eine Überschreitung der zulässigen Jahresemissionsgesamtmenge durch zusätzliche Maßnahmen ausgleichen muss. Zusammen mit § 6 Absatz 2 stärkt § 4 Absatz 5 die Verbindlichkeit der Hamburger Klimaziele und fördert, dass wirksame Klimaschutzmaßnahmen auch im politischen Alltag umgesetzt werden.

Voraussetzung für die Möglichkeit, die Jahresemissionsgesamtmengen einzuhalten und die gesetzten Klimaziele zu erreichen, ist, dass auch auf europäischer und insbesondere auf bundesdeutscher Ebene die Dekarbonisierung prioritär verfolgt und zielkomplementäre Maßnahmen umgesetzt werden. Es sind deshalb Konstellationen möglich, in denen ein Ausgleich der Überschreitung rechtlich oder tatsächlich nicht durch Maßnahmen auf Landesebene hergestellt werden kann, etwa wenn der Emissionsfaktor des Bundesstrommixes erheblich langsamer sinkt als prognostiziert.

Die Einschätzung, ob ein Ausgleich der Budgetüberschreitung nur durch Maßnahmen erreichbar ist, für die die Freie und Hansestadt Hamburg nicht die notwendige Regelungskompetenz hat, hängt von der Einordnung und Bewertung zahlreicher rechtlicher und tatsächlicher Faktoren ab. Die Feststellung einer Ausnahme nach Satz 2 stellt deshalb immer eine Einschätzung des Senats dar. Sie kann auch gradueller Natur sein, wenn nur ein Teil des Ausgleichs der Überschreitung durch Maßnahmen auf Landesebene erreicht werden kann. Um dies transparent zu machen, legt der Senat sowohl das Sofortprogramm als auch eine Begründung einer Ausnahme nach Satz 2 innerhalb der Fünf-Monats-Frist der Öffentlichkeit vor.

Zu § 4 Absatz 6

Nach der derzeitigen Gesetzeslage fehlt Hamburg ein Gesamtbudget, das festlegt, wie viel CO₂ bis zur

Klimaneutralität insgesamt noch ausgestoßen werden darf. Genau das ist jedoch entscheidend für die Hamburger Klimawirkung. Der neu eingefügte § 4 Absatz 6 stellt sicher, dass Hamburg das sich aus Anlage 3 ergebende Gesamtbudget an CO₂-Emissionen bis 2040 nicht überschreitet. Er setzt einen Anreiz für die schnelle Umsetzung wirkungsvoller Klimaschutzmaßnahmen, da die Unterschreitung des Budgets den Spielraum für die folgenden Jahre erhöht. Umgekehrt verringern sich durch Überschreitung die Emissionsbudgets in den Folgejahren. Die Anrechnung der Budgetüberschreitung auf die folgenden fünf Jahre dient der Abfederung von stärkeren Zielverfehlungen, die durch außergewöhnliche Krisen entstehen. Eine Anrechnung der Überschreitung nur auf das Folgejahr würde die Erreichbarkeit des Budgets in solchen Fällen disproportional erschweren. Kann die Überschreitung schneller kompensiert werden, wird durch den Anrechnungsmechanismus nach Satz 1 auch die Budgetreduktion wieder korrigiert.

Zu § 4 Absatz 7

§ 4 Absatz 7 erweitert den Prüfungsauftrag für den Senat und den Klimabeirat auf die Zielerreichung nach den neuen Absätzen 1 bis 6. Die Prüfung der Notwendigkeit weiterer Ziele für den Zeitraum nach dem Jahr 2030 entfällt, da die Jahresemissionsgesamtmengen bis zur Klimaneutralität im Jahr 2040 in Anlage 3 festgelegt sind.

Zu § 6 Absatz 1

Die verbindlichen Sektorziele müssen § 4 Absatz 3 entsprechend im Klimaplan jährlich aufgestellt werden.

Zu § 6 Absatz 2 Die Änderung passt die Überprüfung der Zielerreichung im Rahmen der Zwischenberichte an die Änderungen des § 4 an. Dabei sollen die Wirkungen der neu eingeführten Sofortprogramme nach § 4 Absatz 5 berücksichtigt werden und die Überprüfung nicht nur eine Verfehlung der Jahresemissionsgesamtmenge, sondern auch der im Klimaplan enthaltenen verbindlichen Sektorziele in den Blick nehmen. Letzteres ermöglicht es, Fehlentwicklungen in den Sektoren frühzeitig zu erkennen und in der Maßnahmenplanung zu berücksichtigen. Die Ergänzung, dass der Senat zusätzliche Maßnahmen nicht nur entwickeln, sondern auch, soweit möglich, umsetzen soll, dient der Gesetzesklarheit. Anm: Nein! Eine entsprechende Verpflichtung ergibt sich bereits aus der Verbindlichkeit der Klimaziele.

Für die Erreichung der Klimaziele ist die Freie und Hansestadt Hamburg auf Umsetzung zahlreicher klimaschützender Maßnahmen insbesondere auf Bundesebene angewiesen. Auf diese hat sie nur einen begrenzten Einfluss. Ebenso wie im Rahmen der Sofortprogrammpflicht nach § 4 Absatz 5 kann die Aufforderung an den Senat, zusätzliche Maßnahmen umzusetzen, nur so weit gehen, wie die Zielerreichung durch Maßnahmen sichergestellt werden kann, für die er die notwendige Regelungskompetenz hat. Deshalb wird auf § 4 Absatz 5 Satz 3 verwiesen.

Zu § 6 Absatz 3

Mit dem Erreichen der Klimaneutralität nach § 4 Absatz 2 entfällt die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen und damit der Fortschreibung des Klimaplanes.

Zu § 7 Absatz 1

§ 7 Absatz 1 Satz 8 bindet den Klimabeirat in Fällen ein, in denen der Senat eine ganze oder teilweise Ausnahme von der Sofortprogrammpflicht nach § 4 Absatz 5 Satz 2 geltend macht. Die Einschätzung des Senats wird regelmäßig auf

Annahmen über die tatsächliche Möglichkeit und Wirksamkeit emissionsreduzierender Maßnahmen beruhen. Kann der Klimabeirat anders als der Senat wirksame und umsetzbare Maßnahmen für den weiteren Ausgleich der Budgetüberschreitung identifizieren, legt er diese dem Senat vor. Dies stärkt die wissenschaftliche Grundlage der Hamburger Klimaschutzpolitik.

Zu § 36 Absatz 6

Die Aufnahme jährlicher Sektorziele und das Vorziehen der Klimaneutralität von 2045 auf 2040 machen eine Anpassung des Klimaplanes erforderlich. Die dritte Fortschreibung des Klimaplanes nach § 6 Absatz 3 wird im Jahr 2027 erfolgen. Falls die Bürgerschaft das Klimaschutzverbesserungsgesetz im Jahr 2024 übernimmt, würde der Klimaplan erst drei Jahre später an die neuen gesetzlichen Anforderungen grundlegend angepasst werden. Für diesen Fall formuliert

§ 36 Absatz 6 eine Abweichung vom Anpassungssturnus in § 6 Absatz 3. Durchläuft das Klimaschutzverbesserungsgesetz das gesamte Volksgesetzgebungsverfahren würde das Gesetz frühestens 2025 in Kraft treten. Eine Anpassung des Klimaplanes mit der dritten Fortschreibung nach § 6 Absatz 3 im Jahr 2027 wäre in diesem Fall ausreichend. Bis zur erfolgten Anpassung bleibt die zweite Fortschreibung des Klimaplanes aus dem Jahr 2023 gültig, sodass die Maßnahmenplanung in der Übergangszeit geregelt bl

Positionierung des des LFA8 zum Gesetz für besseren Klimaschutz (Klimaschutzverbesserungsgesetz)

Der LFA8 ist der übereinstimmenden Meinung mit Meldungen von SPD und Grünen aus der Presse,

- dass der Zukunftsentscheid die Bürgerinnen und Bürger, (insbesondere jene mit begrenztem Einkommen,) überfordert,
- die Initiative nicht die Frage beantworte, was passiere, wenn Sektorziele nicht erreicht würden,
- dass zu strenge regulatorische Einschnitte die Akzeptanz des Klimaschutzes gefährden und
- dass die Verringerung von CO₂-Emissionen rein faktisch, technisch, wissenschaftlich und klimatisch nicht in stetig gleichen Schritten erfolgt, sondern von der Realisierung insbes. größerer Maßnahmen und Projekte (wie Dekarbonisierung von Lebensbereichen, Versorgern (z.B. Fernwärme) etc.) abhängt.

Der LFA8 positioniert sich konkret wie folgt:

- Selbstverständlich befürworten wir Maßnahmen zum Klimaschutz.
- Als Pro-Europäer haben wir die EU-Vorgaben bis 2050 im Blick und sehen den **wirksamsten Hebel für Klimaschutz in der engen Zusammenarbeit innerhalb der EU**. So können im engen Austausch europäische Innovation, Forschung und Erfahrung zur Erreichung unserer gemeinsamen Klimaschutzziele genutzt werden.
- Hamburgs Alleingänge vorgezogener Klimaschutzziele sind teuer und schaden dem Standort Hamburg. Sie führen zu Abwanderungen von Industrie und produzierendem Gewerbe, verhindern Investitionen am Standort Hamburg und führen zur Reduzierung der Schifffahrt im Hafen. Folglich verursacht überzogener Aktionismus **massiven Arbeitsplatzabbau**, damit **erheblichen Wohlstandsverlust**, **soziale Konflikte** und **Akzeptanzverlust von notwendigem Klimaschutz**.
- Abwanderung von Industrie und produzierendem Gewerbe aus Hamburg schadet Klimaschutz, denn Hamburgs Unternehmen haben in Sachen Klimaschutz schon viel erreicht. Ziehen sie an einen anderen Standort mit weniger restriktiven Vorgaben, kann dies wieder zu mehr CO₂-Ausstoß, der s.g. **Carbon-Leakage** führen.
- Wirksamer Klimaschutz ist vor allem auf „saubere“ Energie angewiesen, für deren Entwicklung **Technologie-Offenheit Grundvoraussetzung** ist und insbesondere technischer Innovationen bedarf, die keine Denkverbote

kennt, auch bzgl. Atomkraft (small modular reactors) oder CCU etc.

- Klimaschutzmaßnahmen müssen auf klaren Berechnungen der Effizienz und Wirtschaftlichkeit beruhen. Nur wenn die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen am Standort Hamburg gegeben ist, lassen sich notwendige, jedoch kostspielige Klimaschutzmaßnahmen bezahlen. Subventionen müssen zeitnah abgebaut werden mit Ausnahme einer kleinen gezielten Förderung weniger Schlüsselindustrien. Diese Förderungen sollen erst gestoppt werden, wenn die Energiepreise ein international wettbewerbsfähiges Niveau erreicht haben. Nur so können Klimaschutz und Wirtschaft nachhaltig in Einklang gebracht werden.
- Nicht nur das Klima muss verbessert werden, sondern auch die Menschen müssen besser vor den Auswirkungen der Klimaveränderungen geschützt sein. Das ist Voraussetzung für die Zukunft der Menschen in unserer Stadt und benötigt ausreichende finanzielle Mittel zur Anpassung der Infrastruktur (u.a. ÖPNV, Küsten- und Hochwasserschutz, Schwammstadt-Prinzip etc.)
- Maßnahmen zum Klimaschutz auf lokaler / städtischer Ebene sind u.a. die
 - Ertüchtigung von ÖPNV
 - Vermeidung von Flächenversiegelung sowie Entsiegelung, insbesondere von Industriebrachen, bei Neubauten Mehrgeschossigkeit von Industrieneubauten / Supermärkten mit Wohngeschossen und Fassaden- und Dachbegrünung
 - Wieder-Vernässung von städtischen Mooren (statt sie wie von den Grünen per Weisung angeordnet zu bebauen wie Diekmoor, Kiebitzmoor, etc.)
 - Sicherung und Ausweitung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten wie z.B. die Erweiterung des Raakmoor um Flächen beiderseits des Raakmoorgrabens nach Süden
 - schnellstmögliche Dekarbonisierung der städtischen Versorger (Fernwärme, etc.)
 - Stärkung und Pflege des alten Baumbestands und des Stadtgrüns
 - Neupflanzung von größeren Baumqualitäten im städtischen Bereich
 - Ertüchtigung bestehender Fahrradwege (anstatt 100 Jahre alte Bäume für neue Velorouten zu fällen und Kleinstbäume nachzupflanzen – wie vom grünen Verkehrssenator beauftragt)
 - Ansiedlung von small modular reactors als Energiequelle
 - Einsatz von CO₂-Absaugern aus der Atmosphäre (bekannt als Direct Air Capture, in Island im Einsatz, Pilotanlage im Ruhrgebiet) prüfen
 - Wehrhaftigkeit der Deiche gewährleisten, Querschnitte der Regenwasser-einläufe und -ableitungen erhöhen, Bau von Rückhaltebecken und Zwischenspeichern u.v.m.

Im Übrigen machen wir uns die folgenden Ausführungen von Dr. Titus Kretzschmar aus dem FDP-BFA Energie zu eigen:

Zur vorgezogenen CO₂-Neutralität 2040 lässt sich sagen:

1. Eine zu schnelle und kostspielige Dekarbonisierung in HH ohne vergleichbare Anstrengungen anderswo hat global nicht wahrnehmbare Wirkungen, belastet aber die eigene Wirtschaft stark. Wenn andere Regionen der Welt nicht mit ähnlichen Standards nachziehen, könnten Unternehmen ihre Produktion in Länder mit geringeren Umweltauflagen verlagern ("Carbon Leakage"). Dies würde die Emissionen global nicht reduzieren, sondern nur geografisch verschieben, und gleichzeitig Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in HH gefährden. Die EU versucht, dem mit Maßnahmen wie dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) entgegenzuwirken, dessen Wirksamkeit noch zu beweisen ist, dessen bürokratischer Aufwand aber massiv ist.
2. Eine zu schnelle Transformation kann soziale Ungleichheiten verstärken. Besonders die energieintensive Industrie könnte massiv betroffen sein, was zu Arbeitsplatzverlusten und sozialen Härten führen kann, wenn keine ausreichenden Ausgleichsmaßnahmen oder Umschulungsprogramme vorhanden sind. Ein solcher Umbruch könnte die öffentliche Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen untergraben.
3. Einige Technologien, die für die vollständige Dekarbonisierung notwendig sind (z.B. in der Schwerindustrie oder im Luft- und Schiffsverkehr), sind noch nicht vollständig ausgereift oder nicht in großem Maßstab verfügbar. Ein zu frühes Ziel könnte erhebliche Investitionen in teure oder noch unsichere Technologien erfordern, die sich später als ineffizient erweisen könnten. Es könnte auch bedeuten, dass Ressourcen in technisch weniger effiziente Lösungen gesteckt werden, anstatt günstigere und effektivere Methoden zu entwickeln. Es gibt die Debatte, ob es wichtiger ist, die Emissionen so schnell wie möglich zu senken, oder ob eine kosteneffiziente Reduktion mit dem Ziel, langfristig die größten globalen Auswirkungen zu erzielen, Priorität haben sollte. Eine zu schnelle Umsetzung könnte dazu führen, dass weniger effiziente Wege eingeschlagen werden.
4. Eine in HH angestrebte 98%ige Reduktion der CO₂-Emissionen ignoriert zudem die CO₂-Senkenwirkung von Pflanzen und Ozeanen. Ozeane nehmen rund 30% der gesamten anthropogenen CO₂-Emissionen auf (<https://www.geomar.de/news/article/der-ozean-als-senke-fuer-menschgemachtes-kohlendioxid>) und die Flora zwischen 20-40% (<https://globalcarbonbudget.org/gcb-2024/>).

Zu den Sektorenzielen:

1. Sektoren haben unterschiedliche Potenziale und Kosten für die CO₂-Minderung. Wenn jeder Sektor ein starres Ziel erfüllen muss, kann es passieren, dass in einem Sektor mit hohen Minderungskosten teure Maßnahmen ergriffen werden müssen, während in einem anderen Sektor mit niedrigeren Kosten günstigere Reduktionen ungenutzt bleiben.
2. Sektorziele sind oft schwer anzupassen, wenn sich technische Möglichkeiten, wirtschaftliche Bedingungen oder gesellschaftliche Präferenzen ändern.
3. Die Einhaltung von Sektorzielen erfordert detaillierte Planungen und Überwachungen für jeden einzelnen Sektor, was administrativ aufwendig und fehleranfällig sein kann.
4. Wenn einzelne Sektoren ihre Ziele verfehlen, führt dies oft zu politischen Diskussionen und Schuldzuweisungen, anstatt zu einer koordinierten und

effizienten Lösung auf übergeordneter Ebene. Es kann ein "Wettkampf nach unten" entstehen, bei dem jeder Sektor versucht, seine Verantwortung zu minimieren.

Zum Klimabeirat:

1. „Zahnloser Tiger“, der zwar wichtige Analysen und Vorschläge liefern könnte, diese aber von der Politik ignoriert oder nur teilweise umgesetzt werden, je nachdem, ob sie den eigenen politischen Zielen nützen. Die Erwartungshaltung in der Öffentlichkeit ist oft höher als die tatsächliche Einflussmöglichkeit.
2. Die Politik könnte versuchen, unangenehme Entscheidungen oder die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen auf den Beirat abzuwälzen.
3. Beiräte könnten von der Politik als "Feigenblatt" genutzt werden, um den Eindruck von Handlungsbereitschaft zu erwecken, ohne tatsächlich tiefgreifende Maßnahmen ergreifen zu müssen.
4. Wer entscheidet über die Zusammensetzung? Ist diese transparent und nachvollziehbar? Eine mangelnde Legitimation der Mitglieder kann die Akzeptanz der Beiratsarbeit beeinträchtigen. Sage mir, wer im Beirat sitzt, und ich sage dir das Ergebnis voraus.
5. Parallelstrukturen: Die Frage ist, ob ein Klimabeirat nicht zu Redundanzen mit bestehenden Forschungs- oder Beratungseinrichtungen (z.B. wissenschaftliche Akademien, Ministerien) führt.
6. Die Einrichtung und der Betrieb eines Beirats können mit bürokratischem Aufwand und Kosten verbunden sein, deren Nutzen im Verhältnis zur begrenzten Entscheidungsbefugnis kritisch hinterfragt werden muss.

Dazu ergänzende Einschätzungen weiterer Mitglieder:

Das globale Ziel gilt für 2050, D hat sich zu 2045 verpflichtet, 2040 ist **Symbolpolitik** und treibt Kosten massiv in die Höhe.

1. Erreichen der Klimaneutralität ist extrem teuer, diverse Milliarden allein im Gebäudesektor. Diese Summen auf **15 oder 20 oder 25 Jahre zu verteilen**, macht einen enormen Unterschied. Außerdem werden sich Technologien weiter entwickeln und können Erfahrungen der kommenden Jahre dann besser genutzt werden. Die deutlich höheren jährlichen Investitionen bei 2040 müssten bei Hauhaltsengpässen anderswo eingespart werden, ggf. bei Bildung, Sozialem... Und Mieten werden noch schneller, noch stärker steigen, **sozialer Sprengstoff**. Wir können nicht Menschen heute, sozialen Frieden und Demokratie für Menschen in der Zukunft „opfern“.

2. Praktisch gibt es keinen Nutzen, **keinerlei Payback** aus den Investitionen. Der **Einfluss Hamburgs** auf den Klimawandel ist praktisch **Null**, ganz Deutschland mit verursacht mit seiner Industrie ca. 2-3% der globalen CO₂-Emissionen, der Einfluss wäre minimal. Der Anteil von HH an diesen Emissionen ist sicher sehr gering. Also ist es symbolisch. - Ein renommierter Umweltforscher formulierte es so: **"All unsere Investitionen sind Einzahlungen auf ein globales Spendenkonto."** Wir zahlen in ein schwarzes Loch. D.h. kein Gegenleistung, kein direkter Nutzen für uns. Der Klimawandel wird keinen Bogen um Deutschland oder Hamburg machen. **Die Natur vergibt keine Karmapunkte für gute Absichten.**

3. Die Begründung, dass man **gutes Beispiel** sein wollen, sei unberechtigt. Warum sollten andere sich an uns orientieren? **Wann orientieren wir uns an anderen Städten** oder Ländern, wenn die Dinge viel besser als wir machen? Nur bei kleinsten Themen. über D schüttelt man im Ausland nur den Kopf, dass es mit seinen Maßnahmen seine Wirtschaft zerstört und damit den Menschen hier schadet.